

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER: 3.3.2.

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Hauptausschuss, HA/024/ XIII	
Sitzung am	: 20.01.2025	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 2, Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:15	Sitzungsende : 19:00

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitz	: gez.	Gunnar Becker
Schriftführung	: gez.	Kim-Isabel Todt

TEILNAHMEVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 20.01.2025

Sitzungsteilnehmende

Vorsitz

Becker, Gunnar

Teilnehmende

Betzner-Lunding, Ingrid
Büchner, Wilfried
de Vrée, Susan
Fedrowitz, Katrin
Giese, Marc-Christopher
Gräper, Cedric
Grote, Doris
Jürs, Lasse
Mährlein, Tobias
Matthes, Uwe
Rathje, Reimer
Schmieder, Katrin
Steinhau-Kühl, Nicolai
Voß, Friedhelm
Wendorf, Sven

für Tobias Schloo

Oberbürgermeisterin

für Ruth Weidler

Verwaltung

Bernitt, Tim
Borchardt, Hauke
Finster, Andreas
Friedrichs, Bernd
Magazowski, Christoph, Dr.
Major, Julia
Rösel, Kathrin
Schüttler, Fabian
Todt, Kim-Isabel
Vogt, Kirsten
Wachtel, Fabian
Wrage, Nina
Zeller, Ronny

Leitung Amt 38
Leitung Amt 13
Leitung Amt 32
Amt 38
Erster Stadtrat
Dezernat I
Zweite Stadträtin
Dezernat I
Fachbereich 134, Protokoll
Rechnungsprüfungsamt
Leitung Amt 38
Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und
Stadtmarketing
Fachbereich 131

sonstige

Grabowski, Patrick
Müller-Schönemann, Petra
Schmid, Christine
Schulte, Philip
Steinhau, Levke

Stadtvertreter
Stadtpräsidentin
Seniorenbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Stadtvertreterin

Entschuldigt fehlten

Teilnehmende

Schloo, Tobias
Weidler, Ruth

4
**VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE**

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 20.01.2025

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

TOP 3 :

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2024

TOP 4 :

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 09.12.2024

TOP 5 :

Einwohnerfragestunde, Teil 1

TOP 6 : B 24/0491

Ablauf der Wahlzeit des Ersten Stadtrates / Grundsätzliches Verfahren zur Besetzung der Stelle ab dem 01.01.2026

TOP 7 : B 24/0535

Zustimmung der Einnahmen- und Ausgabenplanung 2025 der Feuerwehr-Kameradschaftskassen

TOP 8 : B 25/0003

Besprechungspunkt Neubauvorhaben Feuerwehrtechnisches Zentrum

TOP 9 :

Einwohnerfragestunde, Teil 2

TOP 10 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 10.1 : M 25/0010

Bericht Herr Dr. Magazowski - Aktueller Sachstand betreffend die Beauftragung zur Erstellung einer kommunalen Sicherheitsanalyse

TOP 10.2 : M 25/0009

Bericht Herr Dr. Magazowski - Aktueller Sachstand zu den Kameraüberwachungstürmen

TOP 10.3 :

Bericht Herr Dr. Magazowski - Pressemitteilung der Kommunalen Landesverbände zum Thema "Haushaltskonsolidierung"

TOP 10.4 :

Bericht Herr Dr. Magazowski - Beantwortung Einwohneranfrage zum Thema "Parksituation Ochsenzoller Straße"

TOP 10.5 :

Bericht Herr Dr. Magazowski - Bewegungs- und Bestandsstatistik Dezember 2024

TOP 10.6 : M 25/0001

Bericht Herr Dr. Magazowski - Entwicklung Gewerbesteuersoll (in 1.000,00 €) Stand Dezember 2024

TOP 10.7 :

Bericht Herr Dr. Magazowski - Beantwortung Einwohnerfragen zum Thema "Blockheizkraftwerke"

TOP 10.8 :

Bericht Herr Dr. Magazowski - Beantwortung Einwohnerfragen zum Thema "Elektro-Smog"

TOP 10.9 : M 25/0004

Bericht Herr Dr. Magazowski - Neubenennung für die Fachausschüsse und den Arbeitskreis der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas

TOP 10.10 : M 25/0008

Bericht Herr Dr. Magazowski - Jahresabschluss 2024 vorläufige Finanzrechnung

TOP 10.11 : M 25/0019

Bericht Herr Dr. Magazowski - § 2b Umsatzsteuergesetz – Altregelung wird weiterhin angewendet

TOP 10.12 : M 25/0018

Bericht Herr Rapude - Grundsteuerreform - Bearbeitungsstand

TOP 10.13 :

Bericht Herr Borchardt - Niederschriften Fluglärmenschutzkommission

TOP 10.14 :

Anfrage Herr Jürs - geplante Neuerung im Vergaberecht

TOP 10.15 :

Anfrage Herr Matthes - Sachstand Digitalisierung

Nichtöffentliche Sitzung**TOP 11 : B 24/0540**

Vergabeangelegenheit

TOP 12 : B 25/0005

Vergabeangelegenheit

TOP 13 :

Berichte und Anfragen - nichtöffentlich

TOP 13.1 :

Bericht Herr Wachtel - Personalangelegenheit

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 20.01.2025

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Becker eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei 15 Mitgliedern fest.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Frau Schmieder zieht die Vorlage B 25/0005 „Vergabeangelegenheit“ (TOP 12) zurück. Hier erfolgt eine Neubewertung.

Außerdem kündigt sie einen nichtöffentlichen Bericht der Feuerwehr zu einer Personalangelegenheit an.

Abstimmung über die Nichtöffentlichkeit der TOPs 11 und 13:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Frau Schmieder zieht die Vorlage B 25/0003 „Neubauvorhaben Feuerwehrtechnisches Zentrum“ (TOP 8) zurück. Das Thema soll heute nur als Besprechungspunkt behandelt werden. Zunächst sollen alle offenen Fragen geklärt werden. Erst wenn Beschlussreife erreicht ist, wird die Verwaltung erneut eine Vorlage in den Ausschuss einbringen.

Abstimmung über die so geänderte, gesamte Tagesordnung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 3:**Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2024**

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.12.2024 erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

TOP 4:**Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 09.12.2024**

Herr Becker berichtet, dass in der letzten nichtöffentlichen Sitzung die Beschaffung von Ersatz der vorhandenen Datenspeicher aus dem Jahr 2018 beschlossen wurde.

TOP 5:**Einwohnerfragestunde, Teil 1**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6: B 24/0491**Ablauf der Wahlzeit des Ersten Stadtrates / Grundsätzliches Verfahren zur Besetzung der Stelle ab dem 01.01.2026**

Herr Dr. Magazowski verlässt den Sitzungsraum um 18.20 Uhr.

Der Ausschuss tauscht sich kurz aus.

Herr Becker stellt die beiden vorhandenen Optionen nacheinander zur Abstimmung.

Abstimmung über Option A:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5					1	
Nein:		3	3	2	1		
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Auf eine Ausschreibung der Stelle der Stadträtin/des Stadtrates für die Leitung des Dezernats III wird gem. § 67 Abs. 3 S. 1 Halbsatz 2 verzichtet. Der Wahltermin wird auf den 22.07.2025 festgelegt.

Abstimmung über Option B:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:		3	3	2	1		
Nein:	5					1	
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

Für die nächste Sitzung der Stadtvertretung am 18.02.2025 wird seitens der Verwaltung eine entsprechende Folgevorlage eingebracht.

Herr Dr. Magazowski erscheint wieder um 18.25 Uhr zur Sitzung.

TOP 7: B 24/0535

Zustimmung der Einnahmen- und Ausgabenplanung 2025 der Feuerwehr-Kameradschaftskassen

Herr Becker weist darauf hin, dass bei der Anlage 2 zur Vorlage ein redaktioneller Fehler beim Datum unterlaufen ist.

Die Anlage 2 wird korrigiert. Für die Stadtvertretung wird eine entsprechend korrigierte Folgevorlage eingebracht.

Beschluss:

Der Einnahmen- und Ausgabenplanungen der Feuerwehr-Kameradschaftskassen

1. der Stadtfeuerwehr Norderstedt,
2. der Freiwilligen Feuerwehr Harksheide,
3. der Freiwilligen Feuerwehr Garstedt,
4. der Freiwilligen Feuerwehr Glashütte und
5. der Freiwilligen Feuerwehr Friedrichsgabe

wird in der beiliegenden Fassung für das Haushaltsjahr 2025 zugestimmt.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 8: B 25/0003

Besprechungspunkt Neubauvorhaben Feuerwehrtechnisches Zentrum

Die Vorlage wurde zurückgezogen. Dieser Punkt wird heute nur als Besprechungspunkt behandelt (siehe TOP 2).

Frau Betzner-Lunding gibt eine Anfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als **Anlage 1** zu Protokoll. Ebenso geben Herr Matthes für die CDU-Fraktion (**Anlage 2**) und Herr Mährlein für die FDP-Fraktion (**Anlage 3**) jeweils eine Anfrage zu Protokoll.

Es wird um schriftliche Beantwortung gebeten.

Sobald die Fragen beantwortet sind, wird das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

**TOP 9:
Einwohnerfragestunde, Teil 2**

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 10:
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 10.1: M 25/0010
Bericht Herr Dr. Magazowski - Aktueller Sachstand betreffend die Beauftragung zur Erstellung einer kommunalen Sicherheitsanalyse**

Sachverhalt:

Auswahl des beauftragten Unternehmens

Wie durch den Hauptausschuss am 04.09.2023 beschlossen, wurden am 25.09.2024 drei Firmen um die Abgabe eines Angebots zur Erstellung einer kommunalen Sicherheitsanalyse gebeten. Ziel des Auftrages ist es, das subjektive Bedrohungsempfinden der Bürger*innen zu erkennen und kriminalitätsbezogene Gefahren zu identifizieren. Die Frist zur Abgabe wurde auf den 11.10.2024 festgesetzt, zwei Unternehmen haben bis zu diesem Stichtag ein Angebot übersandt.

Die beiden Angebote wurden analysiert und gegenübergestellt, am 13.12.2024 wurde die Bewertung abgeschlossen und am 18.12.2024 schließlich die Offerte der Firma NKMG mbH (Neue Köhler Managementgesellschaft mbH) aus Berlin angenommen.

Kernpunkte des Angebots

Folgende Posten sind im Hauptangebot enthalten:

- ✓ Analyse der Datenquellen
- ✓ Datenerhebung:
 - Bürgerbefragung
 - Interviews bspw. mit Angehörigen der Kommune
 - Inputs durch Stakeholder/Berichte/Dokumente etc.
- ✓ Einbindung relevanter Stakeholder (Stadt, Polizei, Verwaltung, usw.)
- ✓ Datenauswertung
- ✓ Handlungsempfehlungen
- ✓ Erstellung eines ausführlichen Berichts

Somit entsprechen die enthaltenen Leistungen vollumfänglich den Anforderungen aus dem Beschluss vom 22.09.2023.

Kosten des Angebots

Für die Umsetzung des Vorhabens wurde im Beschluss vom 22.09.2023 ein Betrag von **50.000 €** zur Verfügung gestellt. Die tatsächlichen Kosten liegen bei **39.280 €** zzgl MwSt. bzw. **46.743,20 €** brutto. Es bestehen Optionen zur Leistungserweiterung gegen Aufpreis (Aufstockung der Anzahl der Fragebögen, Ausarbeitung eines Strategieprozesses, Terminbegleitung).

Projektsteuerung und Ablauf

Der Start des Projekts soll zeitnah erfolgen, voraussichtlich wird noch im ersten Quartal 2025 eine Kick-Off-Veranstaltung stattfinden.

Zunächst werden Beteiligte, Aufgaben und Zuständigkeiten erfasst, hieraus wird ein Projektorganigramm entwickelt. Im Anschluss wird die Befragung der Bürger*innen sowie der verschiedenen Akteure vorbereitet. Nach ca. drei Monaten, also voraussichtlich im Frühjahr/Sommer 2025, erfolgt die Durchführung der Befragung (Laufzeit ca. einen Monat) und anschließend die Auswertung und Aufbereitung der gesammelten Daten (Dauer ca. drei Monate). Die Fertigstellung des Ergebnisberichts sowie die Präsentation der Erkenntnisse sind für das vierte Quartal 2025 angesetzt.

Die gesamte Projektleitung und -steuerung obliegt dabei der Firma NKMG mbH.

Zur Begründung

Das Angebot der Firma NKMG mbH deckt vollumfänglich alle Erwartungen und Ansprüche des geplanten Vorhabens ab. Die zu erwartenden Ergebnisse sind qualitativ wie quantitativ (z. B. durch vertragliche Sicherstellung ausreichender Rückläufe der Fragebögen durch die NKMG mbH) hochwertig. Die NKMG mbH weist Erfahrungswerte in der Zusammenarbeit mit Städten und Kommunen auf und deckt über das Angebot nicht nur eine Vielzahl an Leistungen ab, sondern stellt auf verschiedenen Wegen (z. B. Bereitstellung von ausreichendem Fachpersonal auch bei unerwarteten Ausfällen) den zu erwartenden Projekterfolg sicher. Somit kann mit passgenauen Handlungsempfehlungen gerechnet werden, die die Sicherheit im Stadtgebiet und das Sicherheitsempfinden der Bürger*innen maßgeblich steigern. Der Zeitplan ist ambitioniert und dennoch realistisch, sodass eine Planung und Umsetzung anschließender zielgerichteter Maßnahmen ab Herbst/Winter 2025 angestrebt werden kann.

TOP 10.2: M 25/0009

Bericht Herr Dr. Magazowski - Aktueller Sachstand zu den Kameraüberwachungstürmen

Sachverhalt:

Seit dem 19.12.2024 stehen die Kameraüberwachungstürme an den beiden zentralen Omnibusbahnhäfen Norderstedt Mitte und Norderstedt Garstedt. Die Polizei kategorisiert beide Örtlichkeiten noch bis mindestens 31.03.2025 als Kontrollorte.

Gem. § 162 Abs. 1 LVwG haben das Land, die Gemeinden, Kreise und Ämter die Aufgabe, Gefahren von der Allgemeinheit oder einzelnen Personen abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit bedroht wird. Um dieser Aufgabe, insbesondere an Gefahrenbrennpunkten wie Bahnhöfen, nachzukommen, stellen die Kameraüberwachungstürme ein geeignetes, unterstützendes Mittel zur Gefahrenabwehr dar. Nach § 184 Abs. 2 LVwG ist eine Beobachtung mittels Bildübertragung von allgemein zugänglichen Flächen zulässig, sofern dies für die o. g. Aufgabe erforderlich ist und Schäden für Leib, Leben oder Freiheit oder gleichgewichtige Schäden für andere Rechtsgüter zu erwarten sind. Die aktuelle Lage an den Bahnhöfen erfüllt diesen Tatbestand. Die Datenerhebung ist auch dann zulässig, wenn Dritte betroffen sind (§ 184 Abs. 4 LVwG).

Gem. § 188a LVwG dürfen Polizei- und Ordnungsbehörden personenbezogene Daten, die sie selbst erhoben haben, unter Berücksichtigung der jeweiligen Datenerhebungsvorschrift weiterverarbeiten, sofern dies zur Erfüllung der o. g. Aufgabe, dem Schutz der Rechtsgüter und der Verhütung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten erforderlich ist.

Die genannten Voraussetzungen werden vorliegend als gegeben erachtet.

Geplant ist zunächst eine Standdauer der Kameraüberwachungstürme für sechs Monate (gem. § 184 Abs. 2 S. 3 LVwG), also bis Mitte Juni 2025. In dieser Zeit findet auch eine Evaluation der Ergebnisse und erzielten Erfolge statt. Hieraus soll geschlussfolgert werden, ob die Voraussetzungen nach § 184 Abs. 2 S. 2 LVwG weiterhin vorliegen und die Türme somit für weitere sechs Monate an den Standorten verbleiben.

Rechtsquelle: Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1992.

TOP 10.3:

Bericht Herr Dr. Magazowski - Pressemitteilung der Kommunalen Landesverbände zum Thema "Haushaltskonsolidierung"

Herr Dr. Magazowski gibt eine Pressemitteilung der Kommunalen Landesverbände zum Thema Haushaltskonsolidierung als **Anlage 4** zu Protokoll.

TOP 10.4:

Bericht Herr Dr. Magazowski - Beantwortung Einwohneranfrage zum Thema "Parksituation Ochsenzoller Straße"

Herr Dr. Magazowski gibt die Beantwortung einer Einwohneranfrage zum Thema „Parksituation Ochsenzoller Straße“ als **Anlage 5** zu Protokoll.

TOP 10.5:

Bericht Herr Dr. Magazowski - Bewegungs- und Bestandsstatistik Dezember 2024

Herr Dr. Magazowski gibt die Bewegungs- und Bestandsstatistik für den Monat Dezember 2024 als **Anlage 6** zu Protokoll.

TOP 10.6: M 25/0001

Bericht Herr Dr. Magazowski - Entwicklung Gewerbesteuersoll (in 1.000,00 €) Stand Dezember 2024

Sachverhalt:

	2023	+/-	2024	+/-
Jahresanf.-Bescheide	39.263		92.414	
Januar	96.262	56.999	107.789	15.375
Februar	107.770	11.508	111.358	3.569
März	108.409	639	131.917	20.559
April	104.264	-4.145	130.915	-1.002
Mai	107.537	3.273	130.931	16
Juni	116.029	8.492	140.991	10.060
Juli	114.865	-1.164	143.323	2.332
August	115.179	314	147.130	3.807
September	117.293	2.114	147.662	532
Oktober	121.903	4.610	147.420	-242
November	122.331	428	145.685	-1.735
Dezember	122.331	0	144.388	-1.297
HH-Ansatz	120.000		140.000	

TOP 10.7:**Bericht Herr Dr. Magazowski - Beantwortung Einwohnerfragen zum Thema "Blockheizkraftwerke"**

Herr Dr. Magazowski gibt die Beantwortung einer Einwohneranfrage zum Thema „Blockheizkraftwerke“ als **Anlage 7** zu Protokoll.

TOP 10.8:**Bericht Herr Dr. Magazowski - Beantwortung Einwohnerfragen zum Thema "Elektro-Smog"**

Herr Dr. Magazowski gibt die Beantwortung einer Einwohneranfrage zum Thema „Elektro-Smog“ als **Anlage 8** zu Protokoll.

TOP 10.9: M 25/0004**Bericht Herr Dr. Magazowski - Neubenennung für die Fachausschüsse und den Arbeitskreis der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas****Sachverhalt:**

Die Stadt Norderstedt ist seit 1988 Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Die Deutsche Sektion des RGRE verfügt über drei Fachausschüsse sowie einen politischen Arbeitskreis:

- den Deutsch-Französischen Ausschuss (DFA),
- den Deutsch-Polnischen Ausschuss (DPA),
- den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ-Ausschuss) und
- den Arbeitskreis der jungen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (AK JUMA).

Gemäß der Satzung des RGRE werden die Mitglieder der Ausschüsse für die Dauer von drei Jahren gewählt. Im Rahmen der Delegiertenversammlung 2025 der Deutschen Sektion des RGRE, die am 10./11. April 2025 in Jena stattfindet, werden die Mandate in den Ausschüssen des RGRE neu bestimmt.

In allen drei Ausschüssen arbeiten Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus den Mitgliedskommunen der Deutschen Sektion des RGRE mit, die sich für das jeweilige Themengebiet besonders interessieren. Für den DFA und den DPA besteht die Besonderheit darin, dass die Ausschüsse sich aus deutschen und französischen bzw. deutschen und polnischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern zusammensetzen, die jeweils von der französischen bzw. polnischen RGRE-Sektion benannt werden. Der Arbeitskreis der jungen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und -träger dient dem Austausch junger Politikerinnen und Politiker.

Die RGRE hat in beigefügtem Schreiben (Anlage 1) ausdrücklich darauf hingewiesen, dass für die Ausschüsse und den Arbeitskreis nur Kommunalpolitikerinnen und -politiker, nicht aber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung benannt werden können. Die aus den Mitgliedskommunen benannten und vom Hauptausschuss des RGRE gewählten Kommunalpolitikerinnen und -politiker vertreten die jeweilige Kommune in den Ausschüssen.

Das Anschreiben (einschließlich der Links zur Interessensbekundung/Benennung) sowie Berichte aus den einzelnen Gremien sind in der Anlage beigefügt. Die Frist für die Benennung endet am 14.03.2025.

Die Verwaltung bittet um Rückmeldung, ob seitens der Politik Interesse an einer Mitarbeit in den benannten Gremien besteht.

Die Mitgliedschaft im Rat der Gemeinden und Regionen Europa kostet die Stadt Norderstedt jährlich rund 2.100,- € (Mitgliedsbeitrag 2024/ abhängig von der Einwohneranzahl).

Anlage 9: Anschreiben der RGRE

Anlage 10: Bericht DPA 2024

Anlage 11: Bericht DFA 2024

Anlage 12: Bericht KEZ 2024

Anlage 13: Bericht AK JUMA

TOP 10.10: M 25/0008

Bericht Herr Dr. Magazowski - Jahresabschluss 2024 vorläufige Finanzrechnung

Sachverhalt:

Die vorläufige Finanzrechnung 2024 (**Anlage 14**) wird zur Kenntnis gegeben.

TOP 10.11: M 25/0019

Bericht Herr Dr. Magazowski - § 2b Umsatzsteuergesetz – Altregelung wird weiterhin angewendet

Sachverhalt:

Der § 2b UStG hat eine lange Historie. Seine ursprüngliche Anwendung war für den 1. Januar 2017 vorgesehen. Eine Übergangsregelung, nach der die alte Rechtslage des § 2 Abs. 3 UStG fortbestand, war bis 31. Dezember 2020 geplant. Im Zuge der Corona-Pandemie und anderer Herausforderungen wurde die Übergangsregelung bis 31. Dezember 2022 bzw. 31. Dezember 2024 erweitert. Mit dem Jahressteuergesetz 2024 wurde aufgrund weiter ungeklärten und neu hinzugetretenen Rechtsanwendungsfragen eine nochmalige 2-jährige Verlängerung der Übergangsregelung bis 31.12.2026 beschlossen.

Die Stadt Norderstedt ist ausreichend vorbereitet, um die Neuregelung umzusetzen. Nach Prüfung der Vor- und Nachteile der Möglichkeiten wird die Stadt Norderstedt die Option zur Anwendung der Altregelung aber auch weiterhin in Anspruch nehmen.

TOP 10.12: M 25/0018

Bericht Herr Rapude - Grundsteuerreform - Bearbeitungsstand

Sachverhalt:

Die Stadt Norderstedt hat in der 2. KW des Jahres 2025 ca. 38.600 Schreiben an die Eigentümer*innen der im Stadtgebiet gelegenen Grundstücke verschickt. Damit ist der größte Anteil der Bescheide nun versandt. Neu ist, dass alle Miteigentümer*innen einen Grundsteuerbescheid erhalten. Dadurch haben manche Haushalte mehrere Bescheide mit gleichem Inhalt erhalten. Dieses führte in der Öffentlichkeit zu Irritationen. Die Bescheide, die zukünftig versandt werden, weisen darauf hin, dass der Zahlbetrag nur einmal zu entrichten ist.

Auf Grundlage der vom Finanzamt erhaltenen Messbescheide werden laufend weiterhin neue oder geänderte Bescheide versendet.

Aufgrund der hohen Zahl der gleichzeitig versendeten Schreiben ist das Bearbeitungspensum erheblich gestiegen, sodass Anfragen und Widersprüche zur Grundsteuer aktuell nur nach der Reihenfolge des Eingangs und ggfs. auch nur verzögert bearbeitet werden können.

TOP 10.13:**Bericht Herr Borchardt - Niederschriften Fluglärmenschutzkommission**

Herr Borchardt gibt die Niederschriften der Fluglärmenschutzkommission vom 27.09.2024 (**Anlage 15**) und vom 06.12.2024 (**Anlage 16**) zu Protokoll.

TOP 10.14:**Anfrage Herr Jürs - geplante Neuerung im Vergaberecht**

Herr Jürs fragt nach dem Stand hinsichtlich der geplanten Änderung im Vergaberecht (Stichwort Verfahren bei Ausschreibungen).

Herr Borchardt antwortet direkt, dass hierzu dem Hauptausschuss voraussichtlich im Februar ein Vorschlag vorgelegt wird.

TOP 10.15:**Anfrage Herr Matthes - Sachstand Digitalisierung**

Herr Matthes bittet um Aufnahme eines Tagesordnungspunktes zum Thema Digitalisierung in der Verwaltung/ Smart City/ Stadtapp in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

Die Öffentlichkeit wird für den weiteren Verlauf der Sitzung ausgeschlossen.